

*Es kommt -- unserer Meinung nach - vorrangig darauf an, daß die beiden größten deutschen Parteien, die SED und die SPD, ihre Auffassungen über jene Probleme austauschen, die Frieden und Krieg, Abrüstung und europäische Sicherheit, die Sicherung der Demokratie und die Bereitung des Weges für eine friedliche Lösung der deutschen Frage betreffen. Wenn hier eine Annäherung möglich wäre, könnten andere Fragen leichter gelöst werden. Wir haben der westdeutschen Sozialdemokratie weder eine Vereinigung unserer Parteien noch die Bildung einer Volksfront vorgeschlagen. Eines jedoch ist gewiß. Soll es zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen, so ist dazu die Zusammenarbeit von SED und SPD und aller Arbeiterorganisationen hüben und drüben unumgänglich. Das Beharren auf der Nichtzusammenarbeit wäre Beharren auf der Fortsetzung und Versteinerung der Spaltung Deutschlands. Das käme nur jenen Kräften entgegen, die Deutschland gespalten haben und nicht daran interessiert sind, daß ein geeintes, friedliches und demokratisches Deutschland entsteht.*

Werte Genossen!

Wir müssen gestehen, daß aus Ihrer „Offenen Antwort“ der Unterschied zwischen Ihrer Deutschlandpolitik und der Deutschlandpolitik der CDU/CSU, von der jedermann weiß und sagt, daß sie hoffnungslos in der Sackgasse steckt, nicht hervorgeht. Früher einmal hatte die SPD einen eigenen Deutschlandplan. Sie gab ihn im Juni 1960 durch eine Erklärung im Bundestag zugunsten der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU auf. Das hat sich doch für die Sozialdemokratie nicht ausgezahlt.

*Aus welchem Grunde muß denn die SPD der CDU/CSU  
in der Sackgasse Gesellschaft leisten?*

Die Deutschlandpolitik der CDU beruht bekanntlich darauf, die DDR als Niemandland zu betrachten und sich auf deren Eroberung vorzubereiten. Aber jeder sollte wissen, das ist keine Deutschlandpolitik, sondern eine-Deutschland-Vernichtungspolitik. Wer den „Tag X“ propagiert und vorbereitet, propagiert und bereitet für Deutschland den „Tag Null“, die Zerstörung, vor.

In der „Offenen Antwort“ heißt es sehr richtig, daß, ungeachtet aller Standpunkte in der Deutschlandfrage, Deutschland nicht zu einem zu-